

BJV-Forderungen zur Europawahl 2019

Freie, pluralistische Medien sind ein unverzichtbarer Baustein der europäischen Demokratie. Die Pressefreiheit, die Medienvielfalt und die Unabhängigkeit des Journalismus stehen auch in Europa unter einem wachsenden Druck durch politische Einflussnahme, wirtschaftliche Zwänge und die Veränderungen der Medienwelt.

Journalistinnen und Journalisten sind Opfer dieser Entwicklung. Sie stehen im stetigen Kampf gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen. Die Einkommenssituation und die soziale Absicherung sind bei einem großen Teil der freien Journalistinnen und Journalisten prekär. Sie stellen inzwischen einen sehr großen Teil der Medientätigen. Unter dem Druck von wirtschaftlichen Zwängen und Einflussnahme geraten Journalisten und daraus folgend die Pressefreiheit in Gefahr.

Wir appellieren deshalb an die amtierenden und künftigen Mandatsträger im Europaparlament, im Rahmen ihrer parlamentarischen Möglichkeiten die erforderlichen Rahmenbedingungen für den Bestand von Pressefreiheit und Meinungsvielfalt in Europa zu schaffen. Gleichzeitig fordert der BJV die Bundesregierung auf, die deutsche Ratspräsidentschaft 2020 für Initiativen auf dem Weg zu diesem Ziel zu nutzen.

Der Bayerische Journalisten-Verband fordert deshalb:

Urheber stärken - Die europäischen Institutionen müssen Rahmenbedingungen schaffen, die einen unabhängigen Journalismus in der globalen Informationsgesellschaft gewährleisten. Die Stellung der Autoren, sei es Bild, Text, Film oder Online, im Urheberrecht muss deshalb gestärkt werden. Verwerter sind daran zu hindern, mit ihrer wirtschaftlichen Übermacht unfaire Vertragsbedingungen zu erzwingen.

Keine Ausweitung der Schrankenregelungen - Der BJV lehnt die Ausweitung von Nutzungen unter Ausnahme von der Erlaubnispflicht und ohne angemessene Vergütung für die Urheber ab. Vielfalt und Qualität der Inhalte bedingen auch eine ökonomische Grundlage. Dies gilt umso mehr als die wirtschaftliche Situation für viele freie Journalisten in ganz Europa prekär ist. Wir erwarten deshalb von den EU Institutionen auch Initiativen für einen verbesserten Rechtstatus und mehr sozialen Schutz freier Arbeit in den Medien.

Faire Arbeitsbedingungen schaffen - Der BJV unterstützt Kollegen/innen in vielen EU-Mitgliedsstaaten und -Anwärterländern in ihrem Kampf für faire Arbeitsbedingungen. Ein gemeinsamer Markt kann nur dann gelingen, wenn das Lohnniveau und die Mindeststandards des Arbeitsrechts europaweit angehoben werden. Außerdem muss gewährleistet sein, dass gewerkschaftliche Rechte der tariflichen Auseinandersetzung und der betrieblichen Mitbestimmung in der Union garantiert sind und auch tatsächlich ausgeübt werden können. Die Strategie der Europäischen Säule ist dazu ein erster Schritt, der aber noch keine Wirkung zeigt. Der BJV fordert deshalb neue Impulse, insbesondere auch von der deutschen Ratspräsidentschaft.

Pressefreiheit als EU Beitrittsbedingung - Die Gewährleistung von Pressefreiheit, Meinungsvielfalt und journalistischer Unabhängigkeit muss unabdingbare Voraussetzung für die Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten sein. Ihre Einhaltung sollte kontinuierlich überprüft werden. Verstöße müssen sanktioniert werden.

Medienkonzentration stoppen - Der fortschreitenden Medienkonzentration muss Einhalt geboten werden, um marktbeherrschende Stellungen und Meinungsmonopole zu verhindern. Der Umfang von Beteiligungen und wirtschaftlichem Einfluss muss transparent gemacht werden.

Netzneutralität gewährleisten - Die Freiheit des Internet als Werkzeug für Recherche, freien Informationsfluss und die Verbreitung von Nachrichten über Grenzen hinweg muss weiter garantiert werden. Einem Zerfall des Internet in verschiedene nationale Sphären muss entgegengewirkt werden. Ein diskriminierungsfreier und inhaltsneutraler Zugang muss gewährleistet bleiben.

Qualitätsjournalismus sichern - Die europäischen Institutionen müssen mit eigenen Initiativen zum Erhalt des Qualitätsjournalismus im schwierigen Umfeld des Medienwandels beitragen: Der BJV begrüßt deshalb eine Ausweitung des Programms Creative Europe auf Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Nachrichtenmediensektors, der journalistischen Freiheit, der Vielfalt und des Pluralismus journalistischer Inhalte. Damit dies auf breiter Ebene wirksam wird, ist jedoch eine ausreichende finanzielle Ausstattung erforderlich. Der bisher vorgeschlagene Ansatz sollte 60 Millionen Euro deutlich überschreiten.

Öffentlich-rechtlichen Rundfunk erhalten - Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss erhalten und in seiner Funktion als Garant objektiver Berichterstattung gestärkt werden. In vielen europäischen Ländern ist das nicht mehr gewährleistet. Die europäischen Institutionen müssen im Rahmen ihrer Möglichkeiten dazu beitragen, dass die Unabhängigkeit von politischer Einflussnahme auf Programm, Personal- und Führungsauswahl sichergestellt ist. Dies muss sich auch in der Zusammensetzung von Kontrollgremien widerspiegeln.

Den öffentlich-rechtlichen Medien müssen prinzipiell alle elektronischen Verbreitungswege offen stehen. Ihre Archive sollen als kulturelles Allgemeingut offen und zeitlich unbeschränkt zugänglich sein.

Schutz von Journalisten - Journalistinnen und Journalisten müssen ihrer Arbeit ohne Bedrohungen ihrer Sicherheit nachgehen können. Übergriffe und Straftaten gegen Journalistinnen und Journalisten müssen unnachgiebig verfolgt werden. Die Kommission muss dazu mit den ihr verfügbaren Mitteln weitaus stärker als bisher beitragen.

Freier Informationszugang und Quellenschutz - Zur Erfüllung ihrer demokratiewichtigen Aufgabe muss Journalistinnen und Journalisten ein umfassendes Recht auf Zugang zu Informationen und den Schutz ihrer Quellen zustehen. Die Überwachung ihrer Arbeit durch staatliche Institutionen widerspricht den Grundprinzipien der Pressefreiheit.

Whistleblower Schutz - Der BJV fordert insbesondere einen umfangreichen und robusten Schutz von Informanten. Der dreistufigen Absatz (Tier Approach) im Entwurf zur Whistleblower Richtlinie wird dem nicht gerecht. Informanten muss der direkte Zugang zu den Medien möglich sein, ohne zuvor bei internen und externen Institutionen interveniert zu haben.